



Fracking muss verboten werden

Pressemitteilung von Johanna Regina Voß, 06. September 2012

„Die Studie des Umweltbundesamtes verdeutlicht erneut die enormen Gefahren des Fracking: Hochgefährliche Chemikalien und Abwässer gefährden unser Trinkwasser. Ein striktes Fracking-Verbot wäre deshalb die logische Konsequenz. Alles andere ist gerade auch angesichts der immensen Risiken dieser Technologie unverantwortlich“, erklärt Johanna Voß, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE zu einer vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebenen Studie zu den Risiken des Fracking in der unkonventionellen Gasförderung. Voß weiter:

„Das in dem Gutachten vorgeschlagene sogenannte schrittweise Vorgehen ist nur eine Beruhigungsspielle für die zu Recht beunruhigte Bevölkerung. Was soll ein schrittweises Vorgehen, wenn klar ist, dass das Fracking und die Verpressung des Rückflusses in sogenannte Versenkbohrungen hochgefährlich sind. Mit den vorgeschlagenen Probebohrungen würden Fakten geschaffen und der Einstieg in die Schiefergasförderung vollzogen. Klar wird außerdem, dass das von ExxonMobil so hochtrabend

angekündigte Clean-Fracking ohne Chemikalien ebenfalls hochgradig wassergefährdend ist. Die Bundesregierung kann nun nicht mehr behaupten, dass Fracking ungefährlich und beherrschbar ist. Dass die Gutachter empfehlen, neben Wasserschutzgebieten auch Trinkwassergewinnungsgebiete, Heilquellenschutzgebiete und Bereiche von Mineralwasserquellen von der Förderung auszuschließen, dürfte den schwarz-gelben Fracking-Befürwortern ebenfalls nicht gefallen. Unsere Trinkwasserversorgung darf nicht für den geringen Nutzen, den das unkonventionelle Erdgas bietet, aufs Spiel gesetzt werden. DIE LINKE tritt daher für ein Verbot des Fracking ein. Statt darüber zu schwadronieren, dass erst sämtliche Bedenken ausgeräumt sein müssen, bevor Fracking zum Einsatz kommen kann, sollte der Bundesumweltminister den Tatsachen ins Auge sehen und sich dieser Forderung anschließen.“